

## Volkzählungen als Grundlage der amtlichen Einwohnerzahl

Das Statistische Bundesamt definiert eine Volkszählung wie folgt: Eine Volkszählung ist eine vollständige Erhebung von Daten über die Bevölkerung eines Landes zu einem Stichtag. Volkszählungen haben zunächst das Ziel einer Bestandsaufnahme, um wieder eine verlässliche Basis für die Bevölkerungsfortschreibung zu haben. Sie dienen aber auch der Erhebung weiterer Personenmerkmale wie z.B. Haushaltszusammenhänge, Bildungs- und Berufsangaben. In Verbindung mit der Personenerhebung in einer Volkszählung findet oftmals auch eine Gebäude- und Wohnungszählung statt.

Neben der Notwendigkeit an einer neuen Basis für die Bevölkerungsfortschreibung ist der Bedarf an exakten Einwohnerzahlen für viele wirtschaftliche oder politische Entscheidungen notwendig. So basieren die Finanzausgleichszahlen zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen Land und Gemeinden auf der amtlichen Einwohnerzahl.

Volkzählungen fanden im früheren Bundesgebiet in den Jahren 1950, 1961, 1970 und 1987 sowie in der DDR in den Jahren 1950, 1964, 1971 und 1981 statt. Bis dahin wurden die Bevölkerungs- und Wohnungsdaten durch die Befragung aller Bürgerinnen und Bürger erhoben. Dieses Verfahren war mit einem großen Aufwand verbunden. So waren für die Volkszählung 1987 im früheren Bundesgebiet rund 500 000 Interviewerinnen und Interviewer im Einsatz.

Aufgrund der Erfahrungen aus der Volkszählung 1987 wurde mit dem Zensus 2001 ein Methodenwechsel erprobt. Im Rahmen des Zensus 2001 wurde die Nutzung von Verwaltungsregistern wie z.B. dem Melderegister oder den Daten der Bundesagentur für Arbeit geprüft. Gleichzeitig sollte sich die Auskunftspflicht für die Gebäude- und Wohnungsdaten auf die Eigentümer reduzieren.

Im Ergebnis dessen fand am 9. Mai 2011 der erste gesamtdeutsche registergestützte Zensus statt. Dieser ordnete sich in die verpflichtende EU-weite Durchführung von Volkszählungen ein. Neben der Nutzung der vorhandenen Verwaltungsregister wie den Melderegistern wurden die Eigentümer von Gebäuden und Wohnungen zu deren Merkmalen befragt. Zusätzlich wurde eine Haushaltebefragung durchgeführt, um neben qualitätssichernden Maßnahmen auch bildungs- oder erwerbsstatistische Merkmale zu erheben. Der für 2021 geplante Zensus wird auf den 15. Mai 2022 verschoben.

## Volkzählungen in der BRD und DDR sowie nach der Wiedervereinigung in Deutschland

Zeitstrahl	Bundesrepublik Deutschland (BRD)	Deutsche Demokratische Republik (DDR)
1950	13. September 1950	31. August 1950
1960	6. Juni 1961	31. Dezember 1964
1970	27. Mai 1970	1. Januar 1971
1980	25. Mai 1987	31. Dezember 1981
1990 - Wiedervereinigung		
Bundesrepublik Deutschland		
1990		3. Oktober 1990 <sup>1)</sup>
2000	5. Dezember 2001 (Zensus 2001)	
2010	9. Mai 2011	
2020	Zensus 2021 auf 15. Mai 2022 verschoben	

1) Registerabzug zum 3. Oktober 1990 aus dem Zentralen Einwohnermelderegister der DDR